

Pressemitteilung vom 30.10.2013  
des Bonn-Kölner Antikriegsbündnisses

Protestaktionen vor dem Bonner Landgericht  
anlässlich des Kundus-Prozesses:

Antikriegsgruppen fordern Entschädigung und Gerechtigkeit  
für die Hinterbliebenen des Kundus-Massakers

Im Verfahren vor dem Bonner Landgericht mit der  
Beweisaufnahme zur Aufklärung des am 4. September 2009  
vom damaligen Bundeswehroberst Klein befohlenen Bombardements  
von etwa 140 Zivilisten sehen Friedens- und Antikriegsgruppen  
eine große Chance.

Mit dem Prozess werde das von der Bundesregierung auferlegte  
Schweigen um das Kriegsverbrechen der Bundeswehr durchbrochen und  
die Fakten kämen auf den Tisch.

Mehr als 100 Menschen nahmen an der Kundgebung anlässlich des  
Prozessauffaktes teil. Sie forderten Entschädigung und  
Gerechtigkeit für die Hinterbliebenen des tödlichen Luftangriffes  
und kritisierten vehement die frühzeitige Einstellung des  
strafrechtlichen Ermittlungsverfahrens gegen den Verantwortlichen  
durch die Bundeswaltschaft.

Simon Ernst von der ver.di-Jugend, der die Kundgebung angemeldet  
hatte, betont:

"Mit der Kundgebung vor dem Landgericht haben wir deutlich gemacht,  
dass die Bundesregierung den blutigen Krieg 'am Hindukusch' nicht  
in unserem Namen führt.

Jung und alt, deutschstämmige und Migranten haben mit ihren  
Transparenten und Redebeiträgen gezeigt, dass die Zeit für die  
Bundeswehr in Afghanistan abgelaufen ist.

Die grausamen Videoaufnahmen des Bombardements selbst, die heute  
zum ersten Mal vor den Augen Welt gezeigt wurden, sprechen eine  
deutliche Sprache: Wer wissentlich hunderte Menschen bombardieren  
lässt, gehört auf die Anklagebank.

Wir fordern daher auch die Strafverfolgung von deutschen  
Kriegsverbrechern wie General Klein!"

Mit Blick auf die Fortsetzung des Kundus-Prozesses sagt  
Simon Ernst: "Wir werden als Bündnis auch beraten, wie unser  
Anti-Kriegs-Protest beim nächsten Verhandlungstag am 11. Dezember  
aussehen wird. Mit der Kundgebung heute waren wir sehr zufrieden!"

Jetzt werde sich hoffentlich auch justitiabel herausstellen,  
so Philipp Ingenleuf vom Netzwerk Friedenskooperative:

"Der Luftangriff von Kundus war ein Kriegsverbrechen.

Die Zivilisten vor Ort wurden unnötig und ohne zu erkennende  
Gefahr für NATO-Soldaten bombardiert und ermordet.

Selbst das fünfmalige Nachfragen und Zweifeln des Kampfpiloten  
veranlasste den damaligen Oberst Georg Klein nicht dazu,  
vom Einsatz tödlicher Gewalt abzurücken.

Die Hinterbliebenen müssen entschädigt werden, die Deutsche  
Regierung darf sich nicht ihrer Verantwortung entziehen."

Das Bündnis zieht eine katastrophale Bilanz des Afghanistankrieges,  
in dem das Kundus-Massaker einen traurigen Höhepunkt darstelle und  
wie kaum ein anderes Ereignis für das Scheitern der westlichen

Intervention stehe.

Auch nach über 12 Jahren hätten sich Frauen- und Menschenrechte nicht verbessert, Krieg und Elend blieben der Alltag für die Zivilbevölkerung.

Auch die Afghanin Wahida Kabir, Kommission für Frieden und Freiheit, betonte dies in ihrem Redebeitrag:

"Krieg hat noch nie dazu geführt, dass Frauen oder Menschenrechte wieder hergestellt werden. Krieg hat zur Folge, dass die Schwächeren der Gesellschaft, sprich Frauen und Kinder, zu Opfern werden. Dieses Schicksal erleiden seit 35 Jahren die Afghanen".

Schon für den 30. November sind weitere Protestaktionen angekündigt. Es wird eine Demonstration sowie ein öffentliches Tribunal in Köln geben. Beginn des Demonstrationzugs ist um 11:30 Uhr am Friedensplatz, Köln.

Fotos der Protestaktionen sind zu finden unter:

<http://www.flickr.com/photos/friekoop/sets/72157637120099823/>

-----  
Pressekontakt:

Mani Stenner, Netzwerk Friedenskooperative, 0177-6014894

Simon Ernst, ver.di-Jugend NRW-Süd, 0151-10734531

Susanne Rohde, Beueler Friedensinitiative, 0176-51801977